



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- **#BargainForTheBudget: Budgetvorschlag für den Sektor Agrarpolitik vorgestellt** 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- **EP-Ausschuss stimmt für bessere Arbeitsbedingungen für LKW-FahrerInnen** 3
- **Neue Handelsregeln zum Schutz von Arbeitsplätzen und Industrie** 3
- **Freier Datenverkehr in der EU für nicht-persönliche Daten** 4
- **Parlament stimmt Reform des EU-Zivilschutzes zu** 4
- **#BargainForTheBudget: Parlament stellt Ausmaß der angegebenen Kürzungen infrage** 5
- **Facebook veröffentlicht schriftliche Antworten** 5
- **EP-Ausschuss will strategische EU-Interessen vor ausländischen Investitionen besser schützen** 6

Rat der Europäischen Union

- **Rat legt Standpunkt zur gegenseitigen Anerkennung von Waren im Binnenmarkt fest** 7

Europäische Kommission

- **#BargainForTheBudget: Neue Investitionsprogramme und Reformhilfen geplant** 8
- **#BargainForTheBudget: Kommission will signifikante Erhöhung des Budgets für Umwelt und Klimapolitik** 8
- **#BargainForTheBudget: Ausbau der Investitionsfinanzierung mithilfe von Finanzinstrumenten geplant** 9

Laufende Konsultationen	10
Tagesordnungen der Institutionen	11
Impressum und Abbildungsverzeichnis	11

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

#BargainForTheBudget: Budgetvorschlag für den Sektor Agrarpolitik vorgestellt

Am 1. Juni veröffentlichte die Kommission den Detailvorschlag des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), welche bisher mit 38 % den größten Posten im EU-Budget einnimmt.

Wie bereits im allgemeinen Budgetvorschlag angekündigt (vgl. [Tirol-in-Europa 17-20](#)), plant die Kommission die reale Reduktion der Agrarhilfen um ca. 5 % auf 365 Mrd. €. Diese Kürzung sei notwendig, um den neuen politischen Herausforderungen wie dem Außengrenzschutz und dem Klimawandel begegnen zu können, ohne die nationalen Beiträge signifikant erhöhen zu müssen. Das [Parlament](#) hat jedoch inzwischen die Richtigkeit der von der Kommission vorgelegten Vergleichszahlen angezweifelt. Nach Berechnungen der MEPs sollen die Budgetvorschläge für die Agrarpolitik nämlich tatsächlich eine Reduktion von 15 % darstellen (mehr dazu auf Seite 3). Unbestritten ist aber, dass nach dem derzeitigen Vorschlag der Anteil der GAP-Mittel am EU-Budget von derzeit 38 % auf unter ein Drittel sinken würde.

Die neue GAP umfasst weiterhin die zwei Säulen Direktzahlungen an LandwirtInnen inklusive den sektoralen Unterstützungsprogrammen und Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums. Der Kommissionsvorschlag sieht konkret 265,2 Mrd. € für Direktzahlungen, 20 Mrd. € für die Marktunterstützungsmaßnahmen und 78,8 Mrd. € für die Entwicklung des ländlichen Raums vor. Geplant ist außerdem, die Direktzahlungen degressiv zu staffeln und auf 100.000 € zu begrenzen, womit kleine und mittlere Betriebe überproportional von den Hilfen profitieren würden.

Eine zentrale Änderung sieht der Vorschlag in der Prüfung der einzelnen Projekte vor. Bisher orientierten sich diese primär an EU-Vorschriften und deren Einhaltung und wurden direkt von der Kommission für jedes einzelne Projekt durchgeführt. Künftig soll die Vergabe an Mitteln sich mehr an Ergebnissen und Leistung

orientieren und auf von den Mitgliedstaaten definierten strategischen Plänen beruhen. Dies erlaubt es, den spezifischen Bedarf der LandwirtInnen vor Ort präziser zu ermitteln und nach den unterschiedlichen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten zu differenzieren (Bsp.: Berglandwirtschaft). Weiterhin von der Kommission vorgegeben werden konkrete wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele, welche direkt an die Vergabe der Gelder geknüpft sind. Darunter fallen u.a. die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und effizienten Nutzung von Wasser, Böden und Luft als auch die Förderung von Beschäftigung und sozialer Inklusion in ländlichen Regionen sowie die Modernisierung hin zu einer klimaneutralen Produktion.

Aus Österreich kamen bisher überwiegend ablehnende Töne zur Ausgestaltung der GAP im derzeitigen Entwurf. Landwirtschaftsministerin [Elisabeth Köstinger](#) kritisierte vor allem die vorgesehene Kürzung der Mittel für den ländlichen Raum von 15,25 %, was für Österreich einen Verlust von 82 Mio. € an EU-Hilfen bedeuten würde. Positiv gesehen dagegen wurde die explizite Rücksichtnahme der in Österreich vorherrschenden kleinstrukturierten Landwirtschaft inklusive den Förderobergrenzen. Als „[inakzeptabel](#)“ bezeichnete auch Europaabgeordneter Othmar Karas die geplanten Einschnitte und forderte im Einklang mit der Position des EU-Parlaments, keine Kürzungen bei der Agrarpolitik vorzunehmen und stattdessen alle geplanten EU-Programme angemessen zu finanzieren.

[Factsheet](#)

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EP-Ausschuss stimmt für bessere Arbeitsbedingungen für LKW-FahrerInnen

Am 5. Juni stimmte der EP-Ausschuss für Verkehr und Transport (TRAN) für einen Gesetzesentwurf, der für LKW-FahrerInnen eine bessere Vergütung und mehr Ruhezeiten bringen sowie die Betrugsbekämpfung erleichtern soll.

Die neuen Regeln umfassen unter anderem die Achtung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für sogenannte Kabotageleistungen. Als Kabotageleistungen werden nachfolgende inländische Auslieferungen von Waren bezeichnet, die kurz zuvor von einem zweiten LKW eine Grenze überquert haben. Künftig sollen in diesen Fällen dieselben Vergütungsregeln für FahrerInnen aus Abfahrts- und Zielmitgliedstaat gelten. Bisher wurden die Kabotage-FahrerInnen oft geringer bezahlt als ihre KollegInnen, die zuvor dieselbe Ware grenzüberschreitend angeliefert hatten.

Außerdem sollen die Arbeitsbedingungen für LKW-FahrerInnen verbessert werden. Dies

umfasst u.a. die Möglichkeit, alle drei Wochen eine einwöchige Pause an einem Ort freier Wahl einzulegen und die Einführung von Zeit- statt Auftragslimits für Kabotageleistungen.

Zudem soll die Errichtung von Briefkastenfirmen in der Transportbranche dadurch erschwert werden, dass Unternehmen verpflichtet werden, eine entsprechende Geschäftstätigkeit in dem Land vorzuweisen, in dem sie den Großteil ihrer Steuern zahlen wollen. Außerdem soll der Einsatz von digitalen Technologien zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe gefördert werden.

[Mehr Informationen](#)

Neue Handelsregeln zum Schutz von Arbeitsplätzen und Industrie

Am 30. Mai segnete das Parlamentsplenum neue Handelsregeln gegen Sozialdumping und Billigimporten ab.

Das Gesetzespaket umfasst neben höheren Zöllen auf gedumpte oder subventionierte Importe auch kürzere und transparentere Ermittlungen bei Antidumpingfällen. Außerdem dürfen künftig Unternehmen ihre Kosten für die Einhaltung internationaler Sozial- und Umweltabkommen bei der Zollberechnung berücksichtigen.

Zusätzlich ist ein sogenannter „Helpdesk“ für kleine und mittlere Unternehmen geplant, der

sich mit Beschwerden und Ermittlungsverfahren befassen wird. Bei beiden letzteren Punkten werden auch Gewerkschaften einbezogen.

Das Gesetzgebungsverfahren ist damit abgeschlossen, sodass die neuen Bestimmungen nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten können.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Freier Datenverkehr in der EU für nicht-persönliche Daten

Der EP-Binnenmarktausschuss (IMCO) spricht sich für neue Regeln zum freien Datenverkehr von nicht-persönlichen Daten in der EU aus.

Ziel des Gesetzesentwurfs ist die weitgehende Freiheit des Datenverkehrs innerhalb des EU-Binnenmarkts ähnlich den Bestimmungen für die vier Grundfreiheiten und die Beseitigung von entsprechenden regulatorischen Hindernissen. Nach dem Willen der MEPs soll den Mitgliedstaaten künftig verboten werden, nationale Restriktionen für die Speicherung und Verarbeitung von nicht-persönlichen Daten einzuführen. Die Bestimmungen zur Datenlokalisierung sind relevant für eine Vielzahl von Sektoren. Beispielsweise bestehen im Finanzsektor oder im Gesundheitssektor vielfach Bestimmungen zur lokalen Speicherung von nicht-persönlichen Daten wie z.B. anonymisierte Gesundheitsdaten.

Künftig sollen diese nationalen Restriktionen fallen und den Unternehmen freigestellt sein, die

effizienteste Lösung zur Speicherung ihrer nicht-persönlichen Daten zu finden. Gleichzeitig greifen natürlich weiterhin ausnahmslos die entsprechenden hohen europäischen Sicherheitsstandards bei der Datenspeicherung. Ausnahmen soll es nur in Fällen geben, die eine zwingende Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen. Zusätzlich soll der Zugang von nationalen Behörden zu im EU-Ausland gespeicherten Daten von Relevanz ohne Restriktionen gewährt sein. Die Bestimmungen sollen bei gemischten Datensätzen, die persönliche als auch nicht-persönliche Daten beinhalten, nur für letztere gelten. Die Nutzung von allen persönlichen Daten ist in der kürzlich in Kraft getretenen Datenschutz-Grundverordnung geregelt.

[Mehr Informationen](#)

Parlament stimmt Reform des EU-Zivilschutzes zu

Das Plenum hat dem kürzlich vom zuständigen EP-Ausschuss vorgelegten Gesetzesentwurf zur Reform des EU-Zivilschutzes zugestimmt.

Eckpunkt der Reform ist wie berichtet (vgl. Tirol-in-Europa 19-20) die Schaffung einer eigenen Zivilschutzreserve RescEU, die im Falle von Naturkatastrophen schnell und unbürokratisch von der Kommission mobilisiert werden kann. Zusätzlich sollen die Förderungen beim Ausbau der nationalen Zivilschutzkapazitäten ausgebaut werden.

Als nächsten Schritt werden die Abgeordneten mit dem Rat in Verhandlungen zum finalen Text treten, sobald sich dieser auf eine Position geeinigt hat.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

#BargainForTheBudget: Parlament stellt Ausmaß der angegebenen Kürzungen infrage

In einer vom Plenum verabschiedeten Entschließung bezweifeln die Abgeordneten die Richtigkeit der von der Kommission zur Verfügung gestellten Budgetkennzahlen.

Wie berichtet (vgl. [Tirol-in-Europa 17-20](#)), will die Kommission im neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 die Regionalpolitikmittel um ca. 6,2 % und die Agrarhilfen um ca. 5 % kürzen. Die MEPs kommen in ihren eigenen Berechnungen aber zum Schluss, dass die Kürzungen weit größer ausfallen dürften. Nach Ansicht des Parlaments würden die Vergleichszahlen stattdessen zeigen, dass sich die Kürzungen beim Agrarbereich auf 15 % und bei der Regionalpolitik auf 10 % belaufen würden, um die von der Kommission geplanten Änderungen in der Mittelzuweisung zu finanzieren. Die MEPs bekräftigten außerdem ihre Position, das Budget auf 1,3 % des EU-Bruttonationaleinkommens zu erhöhen, damit eine angemessene Finanzierung aller vorges-

ehenen Programme inklusive der bestehenden in der Agrar- und Regionalpolitik gewährleistet ist.

Außerdem kritisierten die Abgeordneten das Ausbleiben der erhofften Verdreifachung des Erasmus+-Budgets sowie der Verdoppelung der Mittel für KMU und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Begrüßt wurden die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Einnahmequellen über die Reform der Körperschaftssteuer, den CO₂-Emissionshandel und der Plastiksteuer, um die direkten Beiträge der Mitgliedstaaten zu senken.

[Mehr Informationen](#)

Facebook veröffentlicht schriftliche Antworten

Facebook veröffentlichte am 5. Juni eine zweite Reihe schriftlicher Antworten auf die von den Fraktionsvorsitzenden des EU-Parlaments gestellten Fragen zum Datenskanal.

Die Veröffentlichung wurde notwendig, nachdem die Abgeordneten bei der am 22. Mai live übertragenen [Anhörung](#) von Facebook-CEO Mark Zuckerberg scharfe Kritik an den zu kurzen und unkonkreten Antworten Zuckerbergs geäußert hatten (vgl. [Tirol-in-Europa 20-20](#)). Die Fragen drehten sich dabei u.a. um die Transparenz der News-Feed Algorithmen, die Grenzen von Zensur und ob Facebook die neuen EU-Datenschutzregeln (DSGVO) befolgt.

Insgesamt beteuert Facebook weiterhin, dass durch die angestoßenen Verbesserungen ein

Datenmissbrauch wie im Falle von Cambridge Analytica (CA) nicht mehr möglich sei. Das komplette Set an Antworten kann [hier](#) abgerufen werden.

Außerdem fand zu Beginn dieser Woche am 4. Juni eine Debatte zum Facebook / CA - Skandal im Parlament statt. Neben VertreterInnen der beiden Digitalfirmen waren auch JournalistInnen und ExpertInnen zu dem Thema geladen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EP-Ausschuss will strategische EU-Interessen vor ausländischen Investitionen besser schützen

Der EP-Handelssausschuss einigte sich auf einen Gesetzesentwurf, der schärfere Prüfungen ausländischer Investitionen zum Schutz strategischer Interessen der EU vorsieht.

Der Entwurf beinhaltet entscheidende Verschärfungen im Vergleich zum [Kommissionsvorschlag](#). Um das Ziel des Vorschlags, den Schutz strategischer Technologien und kritischer Infrastruktur zu erreichen, sollen nach Willen der MEPs die Mitgliedstaaten und die Kommission zusätzliche Prüfkompetenzen bekommen. Konkret sollen es ihnen erlaubt werden, zu prüfen, ob ausländische Investitionen die Unabhängigkeit eines Medienhauses oder die strategische Autonomie beeinträchtigen, die betroffenen Investoren in der Vergangenheit mit Investitionsprojekten die öffentliche Sicherheit gefährdet haben oder die Investitionen zur Monopolbildung führen könnten.

Außerdem soll nach Ansicht des Parlaments die Kommission eine Koordinierungsgruppe einsetzen, die gemeinsam mit VertreterInnen der Mitgliedstaaten und des Parlaments Erfahrungen im Umgang mit problematischen ausländischen Investitionen austauscht. Zudem soll der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften das Recht eingeräumt werden, bei Verdacht Prüfverfahren einfordern zu können.

Der Entwurf wird nun demnächst im Plenum diskutiert, bevor die Abgeordneten mit dem Rat in Verhandlungen treten können.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat legt Standpunkt zur gegenseitigen Anerkennung von Waren im Binnenmarkt fest

Am 28. Mai einigte sich der Rat auf seine Position zu der geplanten Verordnung über die Regelung von gegenseitigen Anerkennungen von Waren im europäischen Binnenmarkt.

Waren, die eine Zulassung in einem Mitgliedstaat erwerben, dürfen nach dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung normalerweise auch in allen anderen Mitgliedstaaten verkauft werden. Die neue Verordnung hat zum Ziel, diesen Ansatz zuverlässiger zur Anwendung zu bringen, da bisher in der Praxis regelmäßig Waren von einzelnen Mitgliedstaaten als nicht sicher oder nicht mit dem Allgemeininteresse eingestuft werden.

Die neue Verordnung soll hier für Klarheit sorgen, wie der Grundsatz ausgelegt und angewendet werden soll. Nach Ansicht des Rates soll neben der Klärung des Geltungsbereichs der Anerkennung auch eine Selbsterklärung und ein Problemlösungsverfahren eingeführt werden.

Die Selbsterklärung soll den Nachweis darüber erleichtern, dass die Waren rechtmäßig in Umlauf gebracht wurden. Das Problemlösungsverfahren soll konkret dabei helfen, praktische Lösungen für den Ausgleich der Marktzugangsbeschränkung mit dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung zu finden und auszutauschen.

Außerdem soll die Verwaltungszusammenarbeit effizienter gestaltet werden, um den grenzüberschreitenden Informationsaustausch zu verbessern.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

#BargainForTheBudget: Neue Investitionsprogramme und Reformhilfen geplant

Am 31. Mai hat die Kommission ihren Detailvorschlag für das künftige EU-Budget des Bereichs Strukturreformen und Wirtschaftskrisenunterstützung vorgelegt.

Der Budgetentwurf sieht die Schaffung eines expliziten Reformhilfeprogramms und einer Europäischen Investitionsstabilisierungsfunktion für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 vor. Damit soll die Resilienz und Leistungsstärke der europäischen Volkswirtschaften gestärkt werden.

Das Reformhilfeprogramm soll Mitgliedstaaten in den Bereichen Produktions- und Arbeitsmärkte, Bildung, Steuern, Kapitalmärkte sowie Reformen der öffentlichen Verwaltung unterstützen und über ein Budget von 25 Mrd. € verfügen. Neben der direkten Unterstützung bei der Reformumsetzung soll auch technische Unterstützung in Form von Fachwissen bereitgestellt und Mitgliedstaaten, die sich auf die Euro-Einführung vorbereiten, finanziell unterstützt werden. Basis der Programme sind neben einem in Portugal erfolgreich umgesetzten Pilotprojekt die

Erfahrungen des [Dienstes zur Unterstützung von Strukturreformen](#).

Die Mittel zur Stabilisierung der Investitionen sollen im Krisenfall greifen und in Form von sogenannten vom EU-Budget gedeckten Back-to-Back-Darlehen in einer Höhe von bis zu 30 Mrd. € an die Mitgliedstaaten vergeben werden können. Die Vergabe ist jedoch an strenge Förderkriterien geknüpft, die auf einer soliden Haushalts- und Wirtschaftspolitik beruhen. Damit soll vor allem die Aufrechterhaltung wachstumsfördernder öffentlicher Investitionen erreicht werden. Außerdem soll das Programm einen Zinszuschuss an Mitgliedstaaten auszahlen können, die unter einer hohen Zinslast leiden und dadurch ihre Investitionen zurückfahren müssen. Damit erhofft sich die Kommission, eine erheblich höhere Wirksamkeit der Investitionshilfen zu erreichen.

[Mehr Informationen](#)

#BargainForTheBudget: Kommission will signifikante Erhöhung des Budgets für EU-Umwelt und Klimapolitik

Außerdem präsentierte die Kommission Budgetpläne für den Bereich Umwelt und Klima, die eine Erhöhung der Mittel 60 % vorsehen.

Konkret soll das Budget des für EU-Umwelt- und Klimapolitik zuständigen Programms LIFE massiv aufgestockt werden und künftig mit 5,25 Mrd. € dotiert sein. Die Ziele des LIFE-Programms umfassen mehrere Bereiche. Neben der Stärkung der Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien finanziert LIFE auch strategische Naturschutzprojekte und Programme zum Erhalt der Biodiversität.

Eingebettet ist das Programm in die großen Prioritäten der EU, eine Kreislaufwirtschaft zu schaffen und die Verpflichtungen des Klimaschutzabkommens von Paris zu erfüllen. Die Gelder selbst sollen möglichst barrierefrei beantragt werden können und sich primär auf die Entwicklung und Anwendung von innovativen Lösungen in Umwelt- und Klimafragen widmen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

#BargainForTheBudget: Ausbau der Investitionsfinanzierung mithilfe von Finanzinstrumenten geplant

Am 6. Juni veröffentlichte die Kommission weitere konkrete Budgetvorschläge für die Finanzierung eines groß angelegten Investitionsprogramm mithilfe von Finanzinstrumenten.

Konkret will die Kommission mit einem neuen Investitionsfonds „InvestEU“ den im Zuge der Finanzkrise geschaffenen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ersetzen. InvestEU hat zum Ziel, alle von der EU finanzierten Finanzinstrumente zu bündeln und private Investitionen zu mobilisieren. Hintergrund sind die positive Bilanz der Projekte des ESFI, der unter mithilfe von Finanzinstrumenten wie Garantien private Investitionen besichert. Der Fonds soll mit 15,2 Mrd. € dotiert sein und damit Investitionsprojekte der Finanzpartner wie die Europäische Investitionsbank (EIB) mit 40 % besichern. Diese Besicherung ermöglicht somit Gesamtgarantien in der Höhe von 38 Mrd. €. In der Folge soll über die Mobilisierung von privaten Investitionen ein Gesamtinvestitionsvolumen von bis zu 650 Mrd. € erreicht werden. Die Berechnungen sind hierbei leicht konservativer ausgelegt als beim ESFI, da das Portfolio ausgebaut wird. Konkret wird InvestEU nämlich neben Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Soziales auch etwas risikoreichere Projekte im Bereich Innovation und Digitalisierung und KMU finanzieren.

Hintergrund ist die nach wie vor bestehende große Investitionslücke in der EU, die sich trotz guten wirtschaftlichen Daten seit der Finanzkrise hält. Speziell Investitionen in risikoreichere Tätigkeiten wie Forschung und Innovation seien laut Kommission weiterhin zu niedrig. Auch beispielsweise die Infrastrukturinvestitionen lagen 2016 bei 1,8 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) während sie 2009 noch 2,2 % betragen. Dazu kommt der hohen Bedarf struktureller Investitionen angesichts des technologischen Wandels.

Neben dem Fonds selbst soll InvestEU auch technische Unterstützung für Finanzierungsprojekte bereitstellen und eine einfach zugängliche Datenbank aller geplanten und finanzierten Investitionen umfassen, um Investoren und potentielle Projekte zusammenzubringen.

[Factsheet](#)

[Mehr Informationen](#)

#BargainForTheBudget: Unter dem Hashtag #BargainForTheBudget informieren wir rund um die Verhandlungen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der den Umfang des EU-Budgets für die Jahre 2021-2027 festlegt.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und -abgänge](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
4. Juni 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung](#)

Klimaschutz
1. Juni 2018 - 24. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\)](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
28. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse](#)

Öffentliches Gesundheitswesen, Steuern
23. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht \(EMCDDA\)](#)

Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen
18. Mai 2018 - 10. August 2018

[Öffentliche Konsultation als Beitrag zur Eignungsprüfung für die Luftqualitätsrichtlinien der EU](#)

Umwelt
8. Mai 2018 - 31. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung des 7. Umweltaktionsprogramms](#)

Umwelt und Klimaschutz
3. Mai 2018 - 26. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt](#)

Beschäftigung und Soziales
2. Mai 2018 - 31. Juli 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michael Jennewein, BA

Abbildungsverzeichnis

Seite 6: <https://www.pexels.com/de/foto/geld-banknoten-kasse-euro-63635/>